

31.05.2011 / Titel / Seite 1

Wohnen wird Luxus

Rainer Balcerowiak

Begleitet von Protesten wurde am Montag in Berlin der neue Mietspiegel vorgestellt. In ihm werden, aufgeschlüsselt nach Gebieten und Wohnungsklassen, die Preisentwicklungen auf dem Markt abgebildet, um Richtwerte für Mieterhöhungen zu erhalten. Allerdings werden nur Vertragsabschlüsse der vergangenen vier Jahre erfaßt, d.h. Bestandsmieten, die in der Regel günstiger sind, nicht berücksichtigt.

Die sogenannten Überflüssigen, die am Vormittag die Pressekonferenz von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer okkupierten, sprachen denn auch von einem »Mieterhöhungsspiegel«.

Laut der Erhebung sind die Nettokaltmieten in den vergangenen zwei Jahren in Berlin von 4,83 auf durchschnittlich 5,21 Euro pro Monat gestiegen, bei kleinen Wohnungen bis 40 Quadratmeter sogar auf 5,86 Euro. Doch besonders in den begehrten Lagen in Altstadtquartieren ist die Entwicklung noch wesentlich dramatischer. Nach Untersuchungen der Mieterverbände werden dort bei Neuvermietungen mittlerweile Aufschläge von bis zu 50 Prozent verlangt. Berlins Senatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) räumte am Montag erstmals ein, daß es besonders bei kleineren Wohnungen »Engpässe« gebe.

Am Nachmittag protestierten rund 100 Menschen vor der Firmenzentrale der mittlerweile börsennotierten GSW eine jener Wohnungsbaugesellschaften, die vom »rot-roten« Senat an Investoren verhökert wurde und seitdem mit rigiden Methoden der Mietervertreibung von sich reden macht. Aufgerufen hatten unter anderem die Antifaschistische Linke Berlin (ALB), die DKP Berlin und das Erwerbslosenforum. Auch dort stand die Verdrängung Ärmere aus der Innenstadt und die Verantwortung der Landesregierung für diese Entwicklung im Mittelpunkt. »Menschen mit geringem Einkommen müssen sich freuen, überhaupt noch eine bezahlbare Wohnung innerhalb des S-Bahn-Rings zu finden. Im Wettbewerb um die knapper werdenden Wohnungen gewinnen nur diejenigen, die (...) dem Ideal vieler Vermieter entsprechen: deutsche Mittelschichtspärchen mit gesichertem Einkommen«, heißt es in dem Aufruf. Wohnraum dürfe »keine Ware sein und muß allen Menschen zugänglich gemacht werden, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Einkommen«. Ebenfalls am Nachmittag wurden ein leerstehendes Haus der GSW in Kreuzberg sowie das Büro des Bezirksbürgermeisters Franz Schulz (Grüne) besetzt. Die Polizei griff zunächst nicht ein.

Der bau- und wohnungspolitische Sprecher der Linken im Abgeordnetenhaus, Uwe Doering, leugnete am Montag in einer Erklärung die Mitverantwortung seiner Partei, die die Privatisierung von insgesamt 150000 landeseigenen Wohnungen vehement unterstützt hatte. Man fordere seit Jahren, »aktiv gegenzusteuern«, um die Vertreibung Einkommenschwacher aus den angestammten Wohngebieten zu verhindern, so Doering. Konkret schlug der Politiker vor, den Schutz der Bewohner bei Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen auszudehnen sowie »neue Belegungs- und Mietpreisbindungen«. Doch in der Hauptstadt gibt es wohl niemanden mehr, der den Linken angesichts ihrer langjährigen Praxis diese Wahlkampfphrasen abnimmt.